

Landeshauptstadt Magdeburg

Stellungnahme der Verwaltung

öffentlich

Stadtamt	Stellungnahme-Nr.	Datum
Team 1	S0165/13	16.07.2013

zum/zur

A0075/13 FDP-Ratsfraktion, Fraktion CDU/BfM, SPD-Stadtratsfraktion

Bezeichnung

Schaffung einer Großfläche im ILC (Industrie- und Logistik-Centrum Rothensee) für potentielle Wirtschaftsansiedlungen

Verteiler

Tag

Der Oberbürgermeister	30.07.2013
Ausschuss für Regionalentwicklung, Wirtschaftsförderung und kommunale Beschäftigungspolitik	29.08.2013
Ausschuss f. Stadtentw., Bauen und Verkehr	29.08.2013
Finanz- und Grundstücksausschuss	04.09.2013
Stadtrat	10.10.2013

Der Antrag lautet:

„Der Oberbürgermeister wird beauftragt:

1. Die Möglichkeiten zur Schaffung einer kurzfristig nutzbaren Ansiedlungsfläche von ca. 30 - 40 ha im ILC zu untersuchen.
2. Die dabei möglicherweise notwendig werdenden Maßnahmen zur Zusammenlegung von Flächen darzustellen und zu bewerten.
3. Einen diesbezüglichen Vorschlag dem Stadtrat bis zum Ende des Jahres 2013 vorzulegen.“

Der Antrag wird befürwortet.

Mit ihm wird bezweckt, im Industrie- und Logistikzentrum Magdeburg-Rothensee (ILC) eine Großfläche für Ansiedlungen von mehr als 30 ha Gesamtgröße zu schaffen, die kurzfristig für Großprojekte zur Verfügung gestellt werden kann. Das Wirtschaftsdezernat unterstützt die im Antrag vorgebrachte Idee der Schaffung einer über 30 ha hinausgehenden Großfläche im ILC (siehe Anlagen).

In der Vergangenheit wurde durch den damaligen Bewirtschafter des Gebiets, der KGE Kommunalgrund, bereits über diese Zielsetzung nachgedacht. Die dabei aufkommenden Probleme durch den im Gebiet bestehenden alten Elbarm (Metritze) sowie die ebenfalls dort befindliche archäologische Verdachtsfläche hatten die damaligen Bemühungen aber als langwierigen und mit vielen Unwägbarkeiten verbundenen Prozess erscheinen lassen, der zum Erliegen kam.

Die Rechtslage zur Entfernung der Metritze im Zuge der Ansiedlung eines Großprojektes ist weiterhin komplex. Ungeachtet dessen wird die Intention des Antrags durch die Verwaltung dahingehend unterstützt, die Planungen für die Vereinigung der beiden größeren durch die Metritze und die archäologische Verdachtsfläche durchgezogenen Teilflächen voranzutreiben. Damit soll ermöglicht werden, für ein mögliches Investitionsvorhaben einen Zeitplan vorzulegen, der eine verbesserte Planungssicherheit mit sich bringt.

Im Einzelnen bedeutet der Antrag, zunächst die rechtlichen Voraussetzungen zur Vereinigung der Flächen in allen Details aufzuarbeiten und die etwaigen Kosten für die Erstellung von Gutachten und Planungsänderungen aufzulisten und Prognosen für etwaige Genehmigungsverfahren abzugeben. Dies soll dem Stadtrat in einer Drucksache zur weiteren Beschlussfassung vorgelegt werden.

Rainer Nitsche